

Regierung plant Mietreformen: Positives Zeichen für Mieter in Österreich!

Die Mietervereinigung Österreich analysiert die neuen Mietrechtsreformen der Regierung, die langfristige Mietverhältnisse und gerechtere Betriebskosten schaffen.

Wien, Österreich - Die Mietervereinigung Österreich (MÖV) hat die Maßnahmen der Bundesregierung im Bereich Wohnen als „wichtige Schritte in die richtige Richtung“ bewertet. MÖV-Präsident Georg Niedermühlbichler äußerte sich am Montag, dass der jüngst präsentierte Regierungsplan in vielerlei Hinsicht positiv sei, jedoch ein langer Weg noch vor uns liege. Besonders hervorgehoben wurde die Neuregelung von Mietpreisindexierungen, die ab 2028 gelten soll. Mieterhöhungen über drei Prozent werden nach diesem neuen Plan zwischen Mietern und Vermietern aufgeteilt, was als faire Lösung gilt. Diese Reform ist besonders entscheidend, da sie auf alte Strukturen abzielt, in denen Mieter oft unverhältnismäßig belastet wurden, wie auch die **OTS berichtete**.

Ein weiteres wichtiges Element des Regierungsprogramms ist die Anhebung der Mindestbefristung von Mietverträgen auf fünf Jahre. Elke Hanel-Torsch, Vorsitzende der MVÖ Wien, betonte die Bedeutung dieser Maßnahme und erklärte, dass eine längere Befristung eine klare Verbesserung für die Mieter darstellt. Die Bundesregierung erkennt ebenfalls an, dass die Beträge für Betriebskosten künftig aliquot abgerechnet werden sollen, was es Mietern erleichtert, nicht für die Schulden früherer Bewohner aufkommen zu müssen. Diese Veränderungen sind Teil der Bemühungen, das Mietrecht gerechter zu gestalten, und könnten weitreichende Auswirkungen auf die Mietkultur in

Österreich haben.

Kritische Stimmen zur Mietkauf-Option

Trotz dieser positiven Entwicklungen äußerte die MÖV Bedenken hinsichtlich der neu geplanten Mietkaufoption im geförderten Wohnbau. Niedermühlbichler warnte, dass der Verkauf geförderter Wohnungen den bereitgestellten leistbaren Wohnraum verringert. „Jede geförderte Wohnung, die verkauft wird, ist eine leistbare Mietwohnung weniger,“ so Niedermühlbichler. Auch die Forderung nach einem einheitlichen Mietrecht wurde im Regierungsprogramm nicht ausreichend behandelt, was die Mietervereinigung weiterhin kritisch begleitet. Sie bieten ihre Expertise für zukünftige Reformen im Mietrecht an und betonen die Notwendigkeit einer genauen Beobachtung der Umsetzung dieser Maßnahmen, um sicherzustellen, dass sie tatsächlich den Bedürfnissen der Mieter dienen, wie [Krone] feststellte.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.krone.at• www.ots.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at